

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoffe, Baumbach & Vogler, G. L. Dambke,
Imbaldenbank, Berlin. Bernh. Arndt, Max Gerstmann,
Eberhard B. Thienens, Greifswald G. Müller, Halle a. S.
Joh. Bard & Co., Hamburg. Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Willens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Vom preussischen Staatsrath.

Die beiden ersten Stellen des preussischen Staatsraths, die des Präsidenten und Vizepräsidenten, sind jetzt wieder besetzt. Das Präsidium führt der Reichskanzler und Ministerpräsident Fürst Bismarck. Nach der Konstitution des Staatsraths zu Beginn der achtziger Jahre wurde das Präsidium dem damaligen Kronprinzen übertragen, während der Reichskanzler Fürst Bismarck das Vizepräsidium erhielt. Nach der Thronbesteigung des Kaisers Friedrich und auch während der ersten Regierungsjahre unseres jetzigen Kaisers blieb das Präsidium des Staatsraths unbesetzt. Jetzt ist es dem Reichskanzler übertragen worden. Ob damit dieses Amt, das bekanntlich nur selten in Wirksamkeit tritt, für immer mit dem Reichskanzlerposten verbunden bleiben soll, oder ob nur ein Interimismus geschaffen ist für die Dauer der Winderjahre, muß dahingestellt bleiben. Als Vizepräsident des Staatsraths wird jetzt seit zwei Jahren wieder in dem offiziellen Verzeichnis Fürst Bismarck aufgeführt, was in den ersten Jahren nach seinem Rücktritt bekanntlich nicht geschah ist. Damals erhob sich so gar zwischen der offiziellen und bismarckfreundlichen Presse ein Streit darüber, ob nicht mit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck auch dessen Eigenschaft als Vizepräsident des Staatsraths erloschen sei. Von der letzteren wurde das bestritten, und ihre Ansicht hat nunmehr auch die offizielle Bestätigung gefunden. Erledigt ist gegenwärtig das Staatssekretariat des Staatsraths, das bis jetzt der frühere Unterstaatssekretär Bredel bekleidet hatte, und der Posten seines Stellvertreters, der dem früheren Direktor der Kolonialabtheilung Dr. Kasper übertragen worden war. Die Erledigung erklärt sich aus der Ernennung des Unterstaatssekretärs Bredel zum Handelsminister und des Kolonialdirektors Dr. Kasper zum Staatspräsidenten am Reichsgericht in Leipzig. Einem aktiven Staatsminister ist das Sekretariat im Staatsrath bisher nie übertragen gewesen.

Aus dem Reich.

Der heutige Tag ist der 100. Geburtstag des Generals des Infanterie Bogel von Falkenstein, welcher am 5. Januar 1797 in Breslau das Licht der Welt erblickte. Freiwilliger Jäger von 1813, Streiter in den Berliner Märztagen von 1848, Kämpfer in Schlesien, Kommandeur des Garde-Schützenbataillons, Generalstabschef des Feldmarschalls Graf Wrangel im Kriege gegen Dänemark, Militärgouverneur von Jütland, kommandirender General des 7. Armee-Korps, Führer der Main-Armee von 1866, Generalgouverneur von Württemberg, Chef des 7. westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 56, das seit dem 27. Januar 1889 seinen Namen führt, kommandirender General des ersten Armee-Korps und 1870 Generalgouverneur der deutschen Küstenlande — das sind die Etappen dieses militärischen Lebenslaufes. Der verdienstvolle und unvergessene General starb am 6. April 1885 in Dölsing. — Wie alsbaldig wurde auch in diesem Jahre an Jahrestage bei der Familientafel im königlichen Schlosse alten Verkommen gehalten die aus Halle in Berlin eingetragene **Gaßmann-Abordnung vom Kaiserpaar** empfangen, um ihre Glückwünsche abzugeben und mit den gebrachten Gaben an Wein, Salz und Eiern aufzuwarten. Die drei Abgesandten, die Herren Andreas Gert, Paul Moris und Richard Puppe, erschienen mit ihrer bunten Galatracht, langem, buntem Pelzrock und gebümler Seidenweste, mit großen, silbernen Knöpfen, schwarzem Sammetstiefchen, weißen Seidenstrümpfen und niedrigen Schuhen mit Silberglocken. Nachdem der Sprecher Andreas Gert, der auch zugleich Hofkammerer der Kaiserpaare ist, dem Kaiserpaar die schon so oft bewiesene und gekannte und die herzlichsten Glückwünsche der Württemberger abgab, sprach der Kaiserpaar aus gesprochen hatte, überreichte er zunächst dem Kaiser und der Kaiserin und alsdann den übrigen Mitgliedern der Tafel das gedruckte Glückwunschkärtchen. Das Gedicht ist auch diesmal dem Württemberger Regierungsrath Kurt v. Mohrheim gewidmet. Der Kaiser verlorst Gert alsbald in eine freundliche Unterhaltung. — Der **Ministerialdirektor im Kultusministerium**, Wirkliche Geheime Rath Dr. de la Croix hat seinen **Abchied** nachgesucht und erhalten. — Der durch Vererbung vom Jahre 1890 für die Offiziere der Infanterie, Jäger und Schützen, des Ingenieur- und Pionierkorps, der Eisenbahntruppen und der Luftschifferabtheilung eingeführte **Regen mit Stahlhelme**, den in Folge kaiserlicher Bestimmung seit 1896 auch das Sanitätsoffizierskorps trägt, soll nun auch, wie die

„Post. Ztg.“ erfährt, den Jungs- und Feuerwerks-offizieren des Heeres verliehen werden. — Eine Eingabe an den Oberkirchenrath hat der Vorstand des **Vereins für Feuerbestattung** in Berlin abgegeben. Es wird darin, unter Bezugnahme auf die Verhandlungen der brandenburgischen Provinzialsynode in der Duffelstraße, folgendes Ansuchen gestellt: „Der Oberkirchenrath wolle die Verfügung vom Februar 1885, durch welche den evangelischen Geistlichen Preußens ganz allgemein unterjagt wird, bei Trauerfeierlichkeiten für solche Verstorbenen, welche bei Lebzeiten gewöhnlich hatten, daß ihr Leichnam beigesetzt nicht durch langames Vermodern in der Erde, sondern in Krematorien durch hochgradig erhitzte Luft verbrannt werde, die Leiche einzulegen und den Hinterbliebenen Worte des Trostes zu spenden, aufheben und den Geistlichen vielmehr gestatten, nach eigenem Gewissen zu entscheiden, ob sie in solchem Falle ihres Amtes wärdig seien oder nicht.“ — Die **Ernennung des Professors Dr. Urtel** in Weimar zum vortragenden Rath über das höhere Schulwesen im Kultusministerium ist der erste öffentliche Akt des neuen Kultusministers v. Pawel und, soweit wir hören, auch aufgenommen worden. Dr. Urtel ist Vorsitzender des weimarer national-liberalen Vereins; somit bietet seine Berufung ins Ministerium einen Anhalt dafür, daß Herr v. Pawel nicht einen rechtschrittlichen Kurs einschlagen werde. — Im Reichs-Deutschen gehen die Behörden weiter mit großer Hastkraft gegen die **polnische Agitation** vor. Nachdem erst kürzlich bei den Vorstandsmitgliedern des Deutscher Solos eine Hausdurchsuchung vorgenommen war, wurde der „Post“ zufolge am Freitag in Heubitz eine große Anzahl polnischer Agitationschriften beschlagnahmt, die eben zur Verteilung unter die Bevölkerung kommen sollten. Ferner wird aus dem Regierungsbezirk gemeldet, daß bei der Wahl neuer Gemeindevorsteher fortan nur solche Kandidaten vorgeschlagen werden dürfen, die der deutschen Sprache mächtig sind. Es war öfters vorgekommen, daß höhere Beamte auf ihren Dienststellen die Vermittlung des Gemeindevorstehers in Anspruch nehmen mußten, dieser aber erklärte, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein. — Eine Sitzung des Vorstandes des Städtetages der Provinz Posen fand am 29. v. M. in Posen statt. Es wurde über die Stellungnahme zum neuen **Lehrerbeförderungsgesetz** beraten. In der Beratung wurde hervorgehoben, daß durch den Entwurf nicht bloß die großen, sondern auch die mittleren und kleinen Städte der Provinz erheblich geschädigt werden können, und es wurde eine Petition an die Häuser des Landtages beschlossen, in welcher alle Bedenken erörtert werden. Abgesehen von der Schmälerung der Staatsbeiträge würde, wie ferner hervorgehoben wurde, das Institut der Alterszulagen und die Anrechnung der gesamten Dienstzeit unmittelbar oder mittelbar nachtheilig auf die Entwicklung des städtischen Schulwesens in der Provinz wirken. Sodann wurde die Tagesordnung für den im Frühjahr in Bistfa stattfindenden Städtetags festgelegt. — Dem Heirath seines Vaters, des Herzogs Karl in Bayern folgend, praktizirt nun auch Prinz Dr. Ludwig Ferdinand von Bayern selbstständig als Arzt und hält von heute an in dem Spital des „Nothen Kreuzes“ in Nordhausen-München wöchentlich Sprechstunden von 11^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr ab. Bisher bekundete Prinz Dr. Ludwig Ferdinand sein Interesse an den medizinischen Disziplinen durch den täglichen Besuch der Münchener Krankenhäuser und Kliniken. Der Prinz ist jetzt selbstständig als Spezialist für Frauenkrankheiten thätig. Prinz Louis Ferdinand, ein Oheim des Königs von Spanien, ist der Waise des Regenten von Bayern. Auch als Kompanist ist der Prinz thätig. Seine „Phantasie“ für Orchester wurde im jüngsten Jahreskonzert durch das königliche Hoforchester aufgeführt und der Prinz von dem Regenten begünstigt. Seine Gemahlin, Maria della Paz, zeigt portiege Anlagen und gab einen Amanach zu Gunsten einer Erziehungsanstalt heraus, an welchem nur fürstliche Autoren mitarbeiteten. — An dem Münchener Hofkonzert am Neujahrstage nahm unter besonderer Auszeichnung erstmals der **Prinz und Prinzessin Friedrich von Hohenzollern** Theil. Der Prinz, zuletzt kommandirender General des dritten preussischen Armee-Korps, hat mit Gemahlin seine neue Villa in München bezogen; die Fürstin, eine geborene Prinzessin von Thurn und Taxis, wurde dadurch ausgezeichnet, daß ihr der Vortritt von den herzoglich bayrischen Prinzessinnen gelassen wurde, obgleich diese „königliche Hoheiten“ sind.

Berlin, 5. Januar. Zur Beförderungserhöhung der preussischen Beamten wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben:
Es ist bereits erwähnt worden, daß bei der

Normierung der Beamtengehälter die Regierungsräte um 300 Mark höher gestellt werden sollen, als die Oberlandesgerichtsräte und die Landgerichtsdirektoren; nicht zu Unrecht wird hierin eine grundsätzliche Bevorzugung der Verwaltungsbeamten erblickt. Wir wollen hier auf eine andere, wenig bekannte Unregelmäßigkeit aufmerksam machen. Um das Einkommensteuergesetz schleunigst durchzuführen, griff der Finanzminister seinerzeit zu dem Mittel, den ihm unterstellten Beamten erhebliche Remunerationen zu bewilligen, und so ist es gekommen, daß in den Berufungskommissionen die Vorstehenden gegen 1600 Mark, ihre Stellvertreter und Hilfsarbeiter 1000 bis 1200 Mark, und diejenigen Räte, denen der Vorsitz in einer Berufungskommission übertragen ist, bis zu 2000 Mark Jahres-Remuneration erhalten. Ein Oberregierungsrath der Finanzabtheilung bezieht so außer seinem Rathesgehalte, jedoch mit der Dringenzulage, 2100 bis 2500 Mark und sein Stellvertreter, Rath oder Assessor, steht besser als einer der anderen Oberregierungsräte mit 900 Mark Dringenzulage! Man wende hiergegen nicht ein, daß die im Steuerfache thätigen Beamten die Remuneration für eine nebenamtliche Thätigkeit erhielten, denn gerade die Steuerabtheilung ist zu ihrer Hauptthätigkeit genöthigt und manche von ihnen werden anderweit überhaupt nicht beschäftigt. Die Bevorzugung der Steuerabtheilung geht so weit, daß, als vor anderthalb Jahren zur Entlastung der dritten Abtheilungen an zehn Regierungen besondere Oberregierungsräte für die Finanzverwaltung wie für die landwirthschaftliche Verwaltung ernannt wurden, die Finanzdringenden nicht nur die Dringenzulage von 900 Mark, sondern zugleich die besondere Remuneration als Vorstehende der Berufungskommissionen neu erhielten; die jüngsten Oberregierungsräte sind so besser gestellt als ihre 10 bis 20 Jahre älteren Kollegen. Man kann es verstehen, daß der Finanzminister mit seinen Geldern haushält und den Wünschen der anderen Ressorts häufig ein non possumus entgegensetzt; aber Ungleichheiten wie die erwähnte sind nicht gerechtfertigt; sie erregen Mißtrauen und müssen in der einen oder anderen Art beseitigt werden.

Nach einer der „Post. Ztg.“ aus Lugensburg zugehenden Meldung hat sich der Großherzog an den deutschen Kaiser mit der Bitte gewandt, ihm die noch im königlichen Staatsarchiv zu Wiesbaden befindlichen Urkunden und Akten über die verschiedenen Linien des Hauses Nassau, die werthvolles geschichtliches Material enthalten, für das nassauische Hausarchiv zu Weiburg zu überlassen. Im Abhandlungsvertrage des Herzogs Adolf mit der Krone Preußen wurde ihm das Hausarchiv zugesprochen, doch ist ein großer Theil im Wiesbadener Staatsarchiv verblieben, woraus er jetzt verabschiedet werden dürfte.

Der Landtagsabgeordnete G. v. Schöndorff veröffentlicht eine Denkschrift über die Einrichtung deutscher Nationalfeste, als deren Ziel angeführt werden: 1. die Anregung zur Bildung von örtlichen Volksfesten, die Schaffung einer Lebensgemeinschaft, einer Veredlung, einer Erhaltung, eine Quelle für die; 2. die Anregung auf die große und breite Masse des Volkes, Körperkraft zu üben, die Leibesübungen zu einer Volkssport zu machen, und diese zu normaler Entwicklung zu führen; 3. die Förderung sozialer Ausgleichs durch Bekämpfung der Bürgerfeindschaft, die soziale Versöhnung schließt und pflegt, und 4. die Stärkung des Nationalgefühls, die Festigung des deutschen Einheitsgedankens. Die Denkschrift legt die Grundlinien dar, auf denen ein deutsches Nationalfest im Jahre 1900 vorbereitet ist, und schließt mit folgenden Sätzen: „Man wird sich nicht verhehlen können, daß ein solches großes vaterländisches Fest mit Aussicht auf Erfolg nur aufgenommen werden kann, wenn seine Ziele im deutschen Volke Wurzeln zu schlagen vermögen und wenn begeisterte Förderer ihm beifund zur Seite stehen. Daher ergreife unser Ruf an alle deutschen Vaterlandsfreunde im In- und Auslande: ihre Sympathie für dieses Fest kundzutun und es durch Wort und That zu fördern. Bildet die Jugend der Feste des deutschen Volkes doch ein immer mächtiger werdendes nationales, soziales und Kulturbedürfnis unserer Zeit; gilt es hier doch, Ziele zu fördern, die mitbestimmend für die gesamte weitere Wohlfahrt unseres Volkes sind. Unsere Zeit trägt den Charakter der Währung und Zerkleinerung im gesamten Volksleben, und ihr zerstörender Einfluß tritt im öffentlichen Leben in immer weiterer Weise hervor. Da gilt es auch, von dieser Seite her ein Einigendes als Ziel hinzustellen, bewahrende sträfe im Volksleben zu machen und ein Ideal aufzurichten, um den eingetretenen Zerfallungsprozess zu geistlichem Ausgang zu führen. Und bilden diese Maßnahmen auch nur einen Theil der Hilfsmittel, so sind sie doch wichtig genug, um von

allen Freunden des Vaterlandes mit deutschem Ernste aufgenommen und mit deutschem Nachdruck gefördert und durchgeführt zu werden. Möchten die Feste des deutschen Volkes in diesem Geiste entstehen, von Geschlecht zu Geschlecht zu immer höherer Entwicklung sich ausbilden und reichen Segen über unser Volk verbreiten!“

Die Einbringung des Auswanderungsgesetzes im Reichstag ist, wie die „Nat.-Ztg.“ vernimmt, höchst wahrscheinlich Ende Januar oder Anfang Februar zu erwarten. Der Entwurf soll gegen den in der Reichstags-Session 1892-93 zur Vorlage gelangten erhebliche Verbesserungen aufweisen, namentlich bezüglich der Anmeldung der Auswanderung bei den Behörden und der Bestimmungen über die Verpflichtungen der Abwanderer. Im Jahre 1895 wurde dieser Gesetzentwurf einer Umarbeitung unterzogen und im Januar 1896 in seiner neuen Gestalt dem Reichstag zur Begutachtung unterbreitet, weil der Entwurf zugleich Bestimmungen über die Auswanderung nach den Kolonien, wie damals in kolonialen Kreisen gewünscht wurde, enthalten sollte. Im letzten Herbst ist der Gesetzentwurf dem Reichstag nicht wieder vorgelegt worden. Welche Gründe dafür ausschlaggebend gewesen sind, ist nicht bekannt, jedenfalls waren es nach der genannten Korrespondenz nicht solche, die zu Bestimmungen Anlaß geben könnten, da auf die Mitwirkung des Reichstags die Regierung hohen Werth lege. In kolonialen Kreisen aber habe seit Mitte des Jahres sich die Ansicht geltend gemacht, ob nicht die koloniale Seebelagerung besser dabei fähig, wenn diese, da die Auswanderer im Reichsbereich des deutschen Reiches bleiben, in einem besonderen Gesetze geregelt wird. Zunächst kommt nur Südwestafrika für die Seebelagerung in Betracht. Ferner sei die Einrichtung des Auswanderungswesens, welche mit einer Regelung der Auswanderung, ob nun diese nach den Kolonien geht oder in fremde Länder, organisch verbunden sein muß, bezüglich der Erläuterung mit so großen Verpflichtungen und Verantwortung verbunden, wie sie gegenüber der Auswanderung in fremde Länder nicht statthaben kann. Es scheint, als ob die jetzt zu erwartende Vorlage, die übrigens in der Hauptsache schon im Sommer zum Abschluß gelangt ist, sich auf Regelung der Auswanderung ins Ausland beschränken wird, und die Abfertigung dahin geht, den besonderen Ansprüchen einer Seebelagerung der Kolonien, wie sie den Anträgen des Reichstags entspricht, lieber auch in einem besonderen Gesetze Rechnung zu tragen.

Der in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Neapel geforderte Kardinal San Felice erfreute sich bei Bescheiden großer Sympathien bei der italienischen Bevölkerung, der er während der letzten Choleraepidemie sowie bei Gelegenheit des Erdbebens auf Aschia die besten Dienste geleistet hatte. Mitglied der Benediktiner-Kongregation auf Monte Cassino, war der Kardinal San Felice niemals ein Fanatiker, wie er denn auch bei Begegnungen mit dem deutschen Kaiser bei dessen Aufenthalt in Neapel sowie mit dem Könige Umberto sich keineswegs als Unversöhnlicher im Sinne der Jesuiten erwiesen hatte. Kaiser Wilhelm äußerte während der jüngsten Krankheit des Kardinals sowie bei einer früheren zu wiederholten Malen seine Theilnahme. Ein gestern eingetroffenes Telegramm meldet: „Neapel, 4. Januar. Die Leiche des Kardinals San Felice wird morgen in der Trauerkapelle ausgestellt werden. König Umberto hat den Direktor des königlichen Hauses beauftragt, das Beileid des Königs auszudrücken. Kaiser Wilhelm hat dem deutschen Konsul telegraphisch den Ausdruck der Theilnahme des Kaisers zum Ausdruck zu bringen und einen Kranz am Sarge niederzuliegen.“

Die Beerdigung, die Kardinal San Felice in Neapel genoss, legte auch Zeugnis dafür ab, daß die Gegenätze zu dem nicht von den Jesuiten geleiteten italienischen Klerus keineswegs so scharf sind, wie häufig angenommen wird. Organe wie die „Bocca della Verita“, die jüngst von der Abtheilung der italienischen Regierung selbständigen Ansprache des Papstes an seine Soldaten richtete, sind deshalb bemüht, stets von Neuem zu zeigen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das bereits erwähnte Kommando des in vatikanischen Angelegenheiten besser orientierten „Observatore Romano“ bemerkenswerth, der von einer solchen Ansprache überhaupt nichts erfahren hat. Mit Recht bezeichnen „Opinione“ und „Popolo Romano“ dieses Kommando als ein Dementi. Das ganze Verhalten des Papstes Leo XIII. in der Angelegenheit der Befreiung der italienischen Gefangenen des Regus von Messina läßt die Annahme der der italienischen Regierung nahe stehenden Organe berechtigt erscheinen.

Wiesbaden, 4. Januar. Gestern hat hier eine aus allen Theilen Nassaus besuchte Protestversammlung gegen den Entwurf der heftig-nassauischen Landgemeinde- und Städteordnung stattgefunden. Die Versammlung beschloß einstimmig die Abgabe einer Petition an das Abgeordnetenhaus.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Januar. Eine Abordnung der Großindustriellen, zumeist der Eisenindustrie Böhmens angehörig, hat neuerlich Vorstellungen beim kaiserlichen Hof gegen die Erneuerung des Abg. Gymer zum österreichischen General-Kommissar auf der Pariser Ausstellung erhoben. Gymer habe durch sein Eintreten für den Jesuitentag, der weder in der Schweiz noch in Deutschland gesetzlich bestünde, die österreichische Industrie schwer geschädigt, ohne der Arbeiterklasse Nutzen zu bringen. Der Handelsminister antwortete ablehnend, da auch die Industriellen die besondere Befähigung Gymer's für die Stelle zugeben müßten und Gymer's Ernennung der französischen Regierung bereits amtlich mitgetheilt wurde.

Der „Politischen Korrespondenz“ zufolge hat einer der beiden jüngst durch den Vorkämpfer von Helldorf bei der Parte unternehmen Schritte darin bestanden, die türkische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß falls die der „Pette publiqua“ verpfändeten Einnahmen angegriffen werden sollten, die dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Mächte eine ernsthafte finanzielle Kontrolle, wie sie Graf Corti auf dem Berliner Kongress beantragt hatte, in Erwägung ziehen müßten.

Best, 4. Januar. Die Blätter besprechen den jüngsten Erlass der römischen Kurie, durch welchen den Griechisch-Katholiken Ungarns die Einführung der ungarischen Liturgie untersagt wird. Die Blätter legen eingehend dar, daß unter den 1^{1/2} Millionen Griechisch-Katholiken 800 000 reine Magyaren sind, welche eine andere als die magyarische Sprache nicht verstehen. Diesen könne die magyarische Liturgie nicht weiter vorenthalten werden, da die alten Liturgien bisher nur geduldet, aber nicht rechtlich begründet waren. Falls der Papst auf dem „Non possumus“ beharre, sollen die magyarischen Griechisch-Katholiken, wie die Blätter melden, sich dadurch schützen, daß sie entweder zur griechisch-katholischen Kirche übertritten oder eine autonome altkatholische Kirche bilden, wozu sie nach dem Gesetze der freien Religionsübung berechtigt sind.

Spanien und Portugal.

Madrid, 4. Januar. Nach einer amtlichen Depesche aus Manila sind heute dreizehn Personen, welche des Verbrechens der Verschwörung angeklagt waren, erschossen worden.

Zur Arbeiterbewegung.

Hamburg, 4. Januar. Der Antrag der Kommission der Gewerkschafts-Bewegung, von jetzt ab auf den Mann 2 Mark anstatt 1 Mark wöchentlich für die auskündigen Hafenarbeiter zu zahlen, wurde in einer Versammlung der Zigarrenarbeiter einstimmig angenommen. Im Hafen wurde von 219 Schiffen auf 175 mit 390 Gängen gearbeitet. An den Quais arbeiteten hier von 70 mit 181 Leuten an 184 Kränen. An den Quaisgruppen wurden 475 alte und 2329 neue Arbeiter beschäftigt. Im Seemannsamt wurden am Sonnabend 305 Seeleute angemeldet. Im Laufe des heutigen Tages trafen etwa 160 Personen ein, die sich zur Arbeit meldeten, außerdem etwa 140 Arbeiter für den Betrieb der Hamburg-Amerika-Linie.

Die Anhäufung der Bitter auf den Quais veranlaßt fortgesetzt Störungen des Verkehrs im Hafen. Deshalb sind die Anstrengungen der Verwaltung hauptsächlich auf Befestigung dieser Anhäufung gerichtet. Das Telegraphenamt bestand mehrere Meldungen auswärtiger Verichterstattung über den Ausstand. Die Ausstandsleitung theilt mit, daß die Auszahlung der Unterstützungen Monate lang gesichert sei.

Die gemeldete Annäherung von Seelenten ist auf Druck seitens der mit Logisunterstützung drohenden Schlaflosen zurückzuführen; Seelente, die sich freiwillig melden, sind wenig zu finden. Die Streikenden geben bereits gegen derartige Beeinflussungen von Seelenten vor, indem sie ihrerseits Aufnahme gegen Streikunterstützung verweigern. Dem „Hamb. Corr.“ zufolge ist Despeschenjourn eingeführt.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 5. Januar. Im letzten Quartal des abgelaufenen Jahres wurden seitens der

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Die Grundbesitzer-Vereine.

Nicht mit Unrecht weist die „D. Hausbesitzer-Ztg.“ darauf hin, daß in den Grundbesitzervereinen sich die Bewegung nicht auf einzelne Gegenstände beschränken darf, sondern sie muß nach und nach das ganze mächtige Gebiet in voller Breite umfassen und auch dem geringsten Theil desselben ihr volles Interesse zuwenden. Vergleicht man in dieser Hinsicht die Thätigkeit der Haus- und Grundbesitzervereine und ihrer Verbände mit der vor etwa 6-8 Jahren, so kann man einen ganz gewaltigen Fortschritt konstatiren. Gebiete, an deren Bearbeitung vor dem Niemand dachte, werden heute mit Erfolg abgebaut, Arbeiten werden begonnen, die man vor dem kaum der geschlossenen Gesamtheit, viel weniger aber noch einem geringen Theil derselben zutraute. Fortschritt man nach den Ansichten, welche diese große Erweiterung, diesen bedeutenden Fortschritt gefördert haben, so ist als lebendiger Mittelpunkt derselben die Thatsache zu erkennen, daß die deutschen Haus- und Grundbesitzervereine nicht vereinzelt, nicht abgetrennt und getrennt gearbeitet haben, sondern daß sie sich zu Verbänden, zu engeren und weiteren Interessengemeinschaften angeschlossen.

Und das eben ist der große Segen derartiger Verbände, daß die Anregungen des Nordens zugleich den Süden auf neue Gebiete lenken, daß die Erfahrungen des Südens zugleich den Norden belehren, daß das, was der Einzelne als Frucht seiner Thätigkeit zu Tage fördert, zugleich Hunderten Anderer zu Gute kommt, und diese Anregungen, die wie Saatkörner in den fruchtbaren Boden der Gesamtheit gelegt werden, sind es, die uns vorwärts bringen, die es verhindern, daß eine zu große Spezialisierung der Bestrebungen eintritt, oder daß die Bewegung an einem Punkte still steht. Und die städtischen Haus- und Grundbesitzer können sich gerade in dieser Beziehung nicht betagten, es giebt kaum ein wirtschaftliches Gebiet, auf welchem innerhalb der letzten Jahre so viel Neues zu Tage gefördert, so viel neue Anregungen gegeben wurden, wie innerhalb unserer Verbände und Vereine. So hat der Erfurter Verein angeregt, eine Statistik über die den Hausbesitzern erscheidenden Miethsverluste zu veranstalten, doch hat der Vorstand des Zentralverbandes nicht mit Unrecht abgelehnt, dem Antrage Folge zu leisten, da sich herausgestellt hat, seiner Ausführung deutlich Grundbesitzer-Vereine hat die Veranlassung einer Statistik der Miethverhältnisse abgelehnt.

Ein anderer Gegenstand, der für die Thätigkeit der Grundbesitzervereine zweifellos zu beachten bleibt, wurde anläßlich im Hausbesitzer-Verein Magdeburg besprochen. Es ist dies die

mögliche Verhinderung der Zwangsversteigerung von Grundstücken, bezw. die ideale und, wenn noch angebracht, auch materielle Unterstützung wirtschaftlich schwach stehender Mitglieder. Es wird jedem unserer Leser bekannt sein, durch welche Zufälle, Intriguen oder Vorurtheile ein Grundstücksbesitzer plötzlich in schlechte Lage, ja, an den Rand des Ruins gebracht werden kann. Es wird ebenso bekannt sein, daß in einer großen Anzahl dieser Fälle nur das scharfe Vorgehen der Gläubiger, die Schärfe des gerichtlichen Verfahrens, die Ausfälle bei Versteigerungen, die hohen Kosten u. s. w. Gläubigern zu Grunde richten, die bei einer langsame, gütlichen und sachgemäßen Klärung ihrer Verhältnisse noch weit vom Ruin entfernt gewesen wären. Hier der Vermittlung einzutreten, hier die Hilfe der Gesamtheit dem einzelnen schwachstehenden Genossen zu bieten, ist eine große ideale Aufgabe der Hausbesitzervereine, die gänzlich genug geschäft werden kann. Durch Übernahme der Grundstücke in zeitweise Zwangsverwaltung, durch Abnahme einer Einigung mit den Gläubigern, einer Verabreichung des Zinsfußes, eventuell die Vermittelung billiger Hypotheken u. s. w. läßt sich hier sehr, sehr viel thun und manche Existenz erhalten, die sonst ohne Weiteres verloren wäre. Selbstverständlich steht die Thätigkeit eines immerhin umfangreichen Apparats voraus, aber es giebt doch in jedem Verein Mitglieder, die Gemeinnut und Zeit genug

haben, diese große, ideale Aufgabe auszuführen zu helfen. Vereinen mit eigenen Geschäftsfällen dürfte überdies die Ausführung nicht allzu schwer sein. Selbstredend muß dieses Gebiet der Thätigkeit sich in ganz streng vorgeschriebenen Normen bewegen, da es sonst leicht sehr gefährlich werden kann; aber mit dem nöthigen guten Willen und etwas Vorsicht läßt sich hier viel erreichen. Der Augen wird sich bald nach zwei Seiten zeigen. Die Verhinderung von Grundstücksveränderungen muß eine Stabilität der Grundstücke und Miethpreise überhaupt hervorbringen, muß raffinierte Spekulationen unmöglich machen und damit indirekt eine große Festigung und Sicherung der Lage des Haus- und Grundbesitzes der betreffenden Stadt hervorbringen. Andererseits wird dem Verein bald kein Hausbesitzer mehr fernbleiben, dem irgend wie an der Erhaltung seines Besitzes liegt, und das ist doch wohl bei jedem der Fall. Möge diese Anregung bald recht fruchtbringende Früchte tragen. Die Voraussetzungen dazu sind gegeben.

Ein anderes, aber ebenfalls nicht unwichtiges Gebiet berührt kürzlich der Verband bayerischer Haus- und Grundbesitzervereine, indem er vorschlägt, mit Hilfe des deutschen Zentralverbandes auf Einführung einheitlicher Miethstermine hinzuwirken. Es rückt diese Frage namentlich jetzt, wo wir vor dem Inkrafttreten eines einheitlichen bürgerlichen Rechts für ganz Deutschland stehen, besonders stark in den Vordergrund. Die Verhältnisse sind hier noch recht verschiedene. Wäh-

rend im größten Theil des Reiches die Quartale 1. Januar, 1. April u. s. w. maßgebend sind, giebt es noch vereinzelte Gebiete, in denen andere Monate, ja, in einzelnen auch die Mitte eines Monats als Beginn der Miethsfristen festgelegt sind. Auch in den halbjährigen Fristen bestehen noch viele Unterschiede, während vielfach 1. Januar — 1. Juli gilt, wird anderswo 1. April — 1. Oktober als feststehende Norm angesehen. Es gehen hieraus manche Unannehmlichkeiten für die Miether, namentlich bei Umzügen in andere Städte hervor, aber auch die Hausbesitzer haben in diesen Fällen vielfach zu leiden, so daß es noch wünschenswerth erscheint, hier eine einheitliche Regelung zu treffen. Es wird dies allerdings mehr Aufgabe der Einzelvereine oder doch engerer Verbände bleiben müssen, da hier selbstredend nur noch und nach einer Aenderung durchgeführt werden kann.

Selbstfalls sind in oben angeführten Punkten Fragen angeschnitten, die für die Allgemeinheit der Haus- und Grundbesitzer von großer Bedeutung sind. Der Zweck dieser neuen Anregungen ist das Wohl des Standes, und deshalb werden sie nicht verloren gehen, sondern weiter wirken und wachsen, wie so viele andere.

